Stand: 15.12.2025 21:54:31

Vorgangsmappe für die Drucksache 17/8686

"Krankenhausreform: Qualität und wohnortnahe Erreichbarkeit sicherstellen!"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 17/8686 vom 27.10.2015
2. Plenarprotokoll Nr. 56 vom 28.10.2015
3. Beschlussempfehlung mit Bericht 17/9634 des GP vom 10.11.2015
4. Beschluss des Plenums 17/9778 vom 28.01.2016
5. Plenarprotokoll Nr. 63 vom 28.01.2016

Bayerischer Landtag

17. Wahlperiode 27.10.2015 **Drucksache 17/8686**

Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Karl Vetter, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, Dr. Hans Jürgen Fahn, Günther Felbinger, Thorsten Glauber, Eva Gottstein, Joachim Hanisch, Johann Häusler, Dr. Leopold Herz, Nikolaus Kraus, Peter Meyer, Alexander Muthmann, Prof. Dr. Michael Piazolo, Bernhard Pohl, Gabi Schmidt, Jutta Widmann, Benno Zierer** und **Fraktion (FREIE WÄHLER)**

Krankenhausreform: Qualität und wohnortnahe Erreichbarkeit sicherstellen!

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert,

1. sich auf Bundesebene dafür einzusetzen, dass der Gesetzentwurf für ein Krankenhaus-Strukturgesetz (KHSG) wie folgt geändert wird:
   - Die Qualitätsindikatoren, die durch den G-BA bis Ende 2016 entwickelt werden sollen und bei der Krankenhausplanung relevant werden, müssen so gefasst werden, dass sie auch durch kleinere Krankenhäuser praktikabel umgesetzt werden können. Dies ist erforderlich, um die Versorgung der Bevölkerung gerade in ländlichen Regionen sicherzustellen.
   - Die ambulante Notfallversorgung ist vorrangig durch die niedergelassenen Haus- und Fachärzte sicherzustellen. Insofern ist finanziellen und organisatorischen Anreizen zur Ausweitung der ambulanten Notfallversorgung in Krankenhäusern entgegenzuwirken. Stattdessen ist der flächendeckende Ausbau von Bereitschaftspraxen durch die Kassenärztlichen Vereinigungen stärker zu fördern.
   - Es ist nicht ausreichend, die finanziellen Mittel aus dem Strukturfonds an eine Investitionskostenförderung der Länder in Höhe von 2012 bis 2014 zu koppeln. In Bayern belief sich die Investitionskostenförderung 2012 nur auf 430 Mio. Euro, das hieße, es wäre sogar eine Absenkung dieser Förderung möglich und es könnten trotzdem Mittel aus dem Strukturfonds beantragt werden. Es ist eine zukunftsfähige Regelung zu finden, die zu einer substantiellen Unterstützung der Krankenhäuser aus Landesmitteln führt.
   - Einführung einer gesetzlichen Personalbemessung für Pflegekräfte in Krankenhäusern.
2. bereits jetzt auf die Prüfung regionaler Besonderheiten hinzuwirken, damit ab Inkrafttreten des KHSG ohne zeitliche Verzögerung Sicherstellungszuschläge für Krankenhäuser vereinbart werden können, die aufgrund der regionalen Gegebenheiten für die Versorgung der Bevölkerung und die wohnortnahe Erreichbarkeit erforderlich sind, aber wegen einer geringeren Inanspruchnahme allein durch die DRG`s nicht wirtschaftlich finanziert werden können.
3. zu prüfen, welche Regelungen eine Rechtsverordnung beinhalten sollte, um über den Sicherstellungszuschlag hinaus die wohnortnahe Versorgung der Bevölkerung mit Krankenhäusern zu gewährleisten.

Begründung:

Eine erfolgreiche Krankenhausreform muss sicherstellen, dass sowohl wirksame Anreize zur Qualitätsförderung geschaffen werden, als auch die Erreichbarkeit der Krankenhäuser insbesondere in ländlichen Regionen in angemessener Zeit zu gewährleisten. Dies bedeutet, dass keine Regelungen getroffen werden dürfen, die für kleinere Krankenhäuser nicht oder nur schwer wirtschaftlich umsetzbar sind. Dies ist insbesondere bei den Qualitätsindikatoren, die der G-BA aufstellen soll, zu berücksichtigen, weil diese in der Krankenhausplanung verbindlich berücksichtigt werden müssen. Darüber hinaus muss die Staatsregierung bereits jetzt Vorbereitungen treffen, um alle Mittel auszuschöpfen, damit Krankenhäuser, die für die Versorgung der Bevölkerung wichtig sind, nicht aus wirtschaftlichen Gründen schließen müssen. Das setzt voraus, dass zeitnah die regionalen Besonderheiten geprüft werden und eine entsprechende Rechtsverordnung erlassen wird, damit nicht erst wirtschaftliche Schäden eintreten.

Die ambulante Notfallversorgung muss durch die niedergelassenen Haus- und Fachärzte flächendeckend sichergestellt werden. Bereitschaftspraxen in räumlicher Nähe zu Kliniken sind eine gute und praktikable Möglichkeit hierfür. Es sind aber Anreize zu vermeiden, dass die Fallzahlen der Notfallambulanzen in den Krankenhäusern ausgeweitet werden. Dies entspricht weder dem Interesse der Patienten noch ist es wirtschaftlich.

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

Deutschland schneidet mit einem durchschnittlichen Personalschlüssel von 10,3 Patienten pro Pflegekraft im Krankenhaus im europäischen Vergleich sehr schlecht ab (int. RN4Cast-Auswertung, zit. nach DBfK, Zahlen-Daten-Fakten „Pflege, 2012“). Das im Entwurf des KHSG vorgesehene Pflegestellenförderprogramm greift dieses Problem zwar auf, enthält aber keine wirksame Lösung. Erforderlich sind vielmehr verbindliche Vorgaben für die Personalbemessung.

NIS 90/DIE GRÜNEN. Ich bitte, die Gegenstimmen anzuzeigen. – Die CSU-Fraktion. Stimmenthaltungen? – Keine. Damit ist die Nummer I dieses Dringlichkeitsantrags abgelehnt.

Ich lasse jetzt über die Nummer II abstimmen. Wer der Nummer II des Dringlichkeitsantrags seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Die SPD, die Fraktion der FREIEN WÄHLER, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Ich bitte, die Gegenstimmen anzuzeigen. – Die CSU-Fraktion und eine Gegenstimme aus den Reihen der FREIEN WÄHLER. Stimmenthaltungen? – Keine. Damit ist auch dieser Teil des Dringlichkeitsantrags abgelehnt.

Ich gebe noch bekannt: Die Dringlichkeitsanträge auf den Drucksachen 17/8684 bis 17/8690 und auf der Drucksache 17/8696 werden in die zuständigen federführenden Ausschüsse verwiesen.

Ich rufe **Tagesordnungspunkt 5** auf:

Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Ulrike Gote u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Coburger Bürgerentscheid ernst nehmen - Flächenverbrauch reduzieren! Keine staatlichen Mittel für den Neubau eines Verkehrslandeplatzes Coburg (Drs. 17/7274)

Ich eröffne die Aussprache. Herr Kollege Ganserer steht schon am Rednerpult. Bitte sehr, Herr Kollege.

Markus Ganserer (GRÜNE): Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Der bestehende Verkehrslandeplatz Coburg-Brandensteinsebene verfügt über eine dauerhafte Betriebsgenehmigung und könnte gegebenenfalls auch noch ertüchtigt werden.

(Jürgen W. Heike (CSU): Falsch!)

Dadurch ist die Region Oberfranken-West ausreichend an den Luftverkehr angeschlossen.

(Jürgen W. Heike (CSU): Falsch!)

Für den Neubau eines Verkehrslandeplatzes an dem Standort Meeder-Neida gibt es keinen erkennbaren und nachgewiesenen Bedarf.

(Beifall bei den GRÜNEN – Jürgen W. Heike (CSU): Falsch!)

Gegen den Neubau sprechen noch zahlreiche andere Gründe. Die enorme Inanspruchnahme landwirtschaftlicher Fläche, die Eingriffe in die Schutzgüter Boden und Wasser, die Beeinträchtigung geschützter Arten, die Belastung der Anwohner durch Lärm und Luftschadstoffe führen dazu, dass dieses Projekt nicht genehmigungsfähig ist.

(Jürgen W. Heike (CSU): Falsch!)

Deswegen haben sich 68 % der Wählerinnen und Wähler, also eine überwältigende Zweidrittelmehrheit, beim Bürgerentscheid am 14. Juni dieses Jahres für einen Austritt des Landkreises Coburg aus der Projektgesellschaft VLP Coburg GmbH ausgesprochen und damit gegen den geplanten Verkehrslandeplatz am Standort Meeder-Neida gestimmt.

(Jürgen W. Heike (CSU): Falsch!)

Aufgrund der veralteten Zahlen und der nicht berücksichtigten Punkte sind die Bau- und die Planungskostenschätzungen viel zu niedrig angesetzt. Der geplante Neubau würde die ohnehin hoch verschuldete Stadt daher einem unkalkulierbaren Haushaltsrisiko aussetzen.

(Jürgen W. Heike (CSU): Wie bitte? Welche Stadt?)

Doch der Coburger Stadtrat hält in einer unbelehrbaren Allianz aus SPD und CSU trotz all dieser Sachargumente an diesen Plänen fest.

(Jürgen W. Heike (CSU): Oh!)

Die Unbelehrbarkeit gipfelte kürzlich in der undemokratischen Entscheidung, sich bis zum Jahr 2025 an die Projektgesellschaft zu binden und damit ein Bürgerbegehren auszubremsen, welches diesen Irrsinn stoppen wollte.

Doch die Stadt Coburg wird nicht nur von den Unternehmen in dieses Wagnis getrieben, nein, es sind auch die in Aussicht gestellten staatlichen Fördermittel von bis zu 15 Millionen Euro,

(Jürgen W. Heike (CSU): Richtig!)

die in dieses Wagnis locken. Wir fordern daher die Staatsregierung auf, den Bürgerwillen ernst zu nehmen und die in Aussicht gestellte Förderzusage zurückzuziehen.

Seit der Sommerpause ist ein weiteres Argument hinzugekommen; denn das zuständige Luftamt Nordbayern hält den geplanten Neubau aus luftrechtlichen Gründen für nicht genehmigungsfähig.

(Jürgen W. Heike (CSU): Falsch!)

Über die Frage, mit welcher Rechtfertigung die CSU-Regierung die Entscheidung des zuständigen Luftam-

Bayerischer Landtag

17. Wahlperiode 10.11.2015 **Drucksache 17/9634**

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Gesundheit und Pflege

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Karl Vetter u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Drs. 17/**8686**

Krankenhausreform: Qualität und wohnortnahe Erreichbarkeit sicherstellen!

I. Beschlussempfehlung:

Ablehnung

Berichterstatter: **Dr. Karl Vetter**
Mitberichterstatter: **Bernhard Seidenath**

II. Bericht:

1. Der Dringlichkeitsantrag wurde dem Ausschuss für Gesundheit und Pflege federführend zugewiesen. Weitere Ausschüsse haben sich mit dem Dringlichkeitsantrag nicht befasst.
2. Der federführende Ausschuss hat den Dringlichkeitsantrag in seiner 34. Sitzung am 10. November 2015 beraten und mit folgendem Stimmergebnis:
   CSU: Ablehnung
   SPD: Ablehnung
   FREIE WÄHLER: Zustimmung
   B90/GRÜ: Ablehnung
   Ablehnung empfohlen.

Kathrin Sonnenholzner
Vorsitzende

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

Bayerischer Landtag

17. Wahlperiode 28.01.2016 **Drucksache** 17/**9778**

Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten **Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Karl Vetter, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, Dr. Hans Jürgen Fahn, Günther Felbinger, Thorsten Glauber, Eva Gottstein, Joachim Hanisch, Johann Häusler, Dr. Leopold Herz, Nikolaus Kraus, Peter Meyer, Alexander Muthmann, Prof. Dr. Michael Piazolo, Bernhard Pohl, Gabi Schmidt, Jutta Widmann, Benno Zierer** und **Fraktion (FREIE WÄHLER)**

Drs. 17/**8686**, 17/**9634**

Krankenhausreform: Qualität und wohnortnahe Erreichbarkeit sicherstellen!

Ablehnung

Die Präsidentin

I.V.

Reinhold Bocklet

I. Vizepräsident

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Präsidentin Barbara Stamm

Präsidentin Barbara Stamm: Ich rufe **Tagesordnungspunkt 3** auf:

Abstimmung

über Anträge, die gemäß § 59 Abs. 7 der Geschäftsordnung nicht einzeln beraten werden (s. Anlage 1)

Hinsichtlich der jeweiligen Abstimmungsgrundlagen mit den einzelnen Voten der Fraktionen verweise ich auf die Ihnen vorliegende Liste.

(Siehe Anlage 1)

Wer mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens bzw. des jeweiligen Abstimmungsverhaltens seiner Fraktion entsprechend der aufgelegten Liste einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Danke schön. Die Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen. – Keine. Stimmenthaltungen? – Auch keine. Damit übernimmt der Landtag diese Voten.

Beschlussempfehlungen der Ausschüsse, die der Abstimmung über die nicht einzeln zu beratenden Anträge zugrunde gelegt wurden (Tagesordnungspunkt 3)

Es bedeuten:

(E)	einstimmige Zustimmungsempfehlung des Ausschusses
(G)	Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Gegenstimmen
(ENTH)	Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Enthaltungen oder Enthaltung einer Fraktion im Ausschuss
(A)	Ablehnungsempfehlung des Ausschusses oder Ablehnung einer Fraktion im Ausschuss
(Z)	Zustimmung einer Fraktion im Ausschuss

1. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Gisela Sengl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Alle KULAP-Prämien und Vertragsnaturschutzmaßnahmen verlässlich auszahlen
Drs. 17/8404, 17/9344 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	Z	Z	Z

2. Antrag der Abgeordneten Doris Rauscher, Kathrin Sonnenholzner, Ruth Müller u.a. SPD
Einführung von Pflegelotsen in Unternehmen zur besseren Vereinbarkeit von Pflege und Beruf
Drs. 17/8460, 17/9630 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Gesundheit und Pflege

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z

3. Antrag der Abgeordneten Tanja Schorer-Dremel, Eric Beißwenger, Alexander Flierl u.a. CSU
Bericht über die Spezialeinheit Lebensmittelsicherheit am LGL
Drs. 17/8525, 17/9636 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z

4. Antrag der Abgeordneten Tanja Schorer-Dremel, Bernhard Seidenath, Kerstin Schreyer-Stäblein u.a. CSU
Stand der Borrelien-Erkrankungen in Bayern
Drs. 17/8526, 17/9631 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für
Gesundheit und Pflege

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	A	Z	A

5. Antrag der Abgeordneten Joachim Unterländer, Bernhard Seidenath, Kerstin Schreyer-Stäblein u.a. CSU
Runder Tisch zur Verbesserung der Situation der Suchtfachkliniken
Drs. 17/8635, 17/9632 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Gesundheit und Pflege

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z

6. Antrag der Abgeordneten Eric Beißwenger, Alexander Flierl, Gudrun Brendel-Fischer u.a. CSU
Weiterentwicklung des Forstlichen Gutachtens
Drs. 17/8636, 17/9645 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	A	Z	ENTH

7. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Dr. Sepp Dürr u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Walhalla braucht zeitgemäßes Ausstellungskonzept
Drs. 17/8639, 17/9626 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wissenschaft und Kunst

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	Z	Z	Z

8. Antrag der Abgeordneten Tanja Schorer-Dremel, Dr. Otto Hünnerkopf, Angelika Schorer u.a. CSU
Grenzwerte für Blei und Mangan in Gewürzen
Drs. 17/8656, 17/9637 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z

9. Antrag der Abgeordneten Bernhard Seidenath, Kerstin Schreyer-Stäblein, Jürgen Baumgärtner u.a. CSU
Drogenkonsum in Bayern
Drs. 17/8669, 17/9633 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Gesundheit und Pflege

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z

10. Antrag der Abgeordneten Anton Kreitmair, Angelika Schorer, Gudrun Brendel-Fischer u.a. CSU
Landwirtschaftliches Bodenrecht zielgerichtet weiterentwickeln
Drs. 17/8676, 17/9647 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z

11. Antrag der Abgeordneten Oliver Jörg, Gudrun Brendel-Fischer,
Dr. Thomas Goppel u.a. CSU,
Markus Rinderspacher, Isabell Zacharias, Georg Rosenthal u.a. SPD,
Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. Dr. Michael Piazolo u.a.
und Fraktion (FREIE WÄHLER),
Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Verena Osgyan u.a.
und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
EFSI-Mittel für Forschung und Innovation nutzen
Drs. 17/8678, 17/9355 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wissenschaft und Kunst

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z

12. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl,
Dr. Karl Vetter u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Krankenhausreform: Qualität und wohnortnahe Erreichbarkeit sicherstellen!
Drs. 17/8686, 17/9634 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Gesundheit und Pflege

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	A	Z	A

13. Antrag der Abgeordneten Doris Rauscher, Ruth Waldmann,
Kathrin Sonnenholzner u.a. SPD
Erhebung des Ist-Zustands der Barrierefreiheit in stationären Pflegeeinrichtungen
Drs. 17/8716, 17/9635 (E)

Die CSU-Fraktion hat beantragt, das Votum „Zustimmung“ zugrunde zu legen.

Voten der übrigen Fraktionen im federführenden Ausschuss für Gesundheit und Pflege

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z

14. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Hans Jürgen Fahn u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Fortschritt des Textilbündnisses in Bayern
Drs. 17/8754, 17/9628 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z

15. Antrag der Abgeordneten Prof. Dr. Peter Paul Gantzer, Dr. Paul Wengert, Klaus Adelt u.a. SPD
Gewalt gegen Polizeibeamte in Bayern
Drs. 17/9050, 17/9538 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z